Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.

Vierteljahrs-Abonnement 1,50 Goldmark.

Anzeigenpreise 4 mm-Zeile Nonpareillezeile (Mindestraum. unterschl.) 0,40 Goldmark. Stellenanzeigen, Kleinanzeigen die Zeile.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefftsch, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 466 Verfassg. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenwein-Straße 1, 1. Zahlungen: Postscheckkonto 22000 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 31 — Nürnberg, den 30. Juli 1924 — 38. Jahrgang

Empor zum Licht!

Empor zum Licht! Es wich die Nacht!
Nur Wolken noch decken der Sonne Pracht.
Erwache, Volk, erwache!

Die neue Zeit sie ist gemacht,
Männer, Frauen, nun auf zur Tat!
Reicht euch die Hände zum Freiheitsbund;
Donnernd es töne vom Erdenrund:
Erwache, Volk, erwache!

Zum dichten Wall schließt eure Reih'n,
Da kann nicht Sorge noch Not hinein!
Fest wie ein Felsen im wilden Meer
Steht dann der Arbeit gewaltiges Heer!
Erwache, Volk, erwache!

Herbei, herbei aus Stadt und Land,
Nehmt den Hammer in eure Hand!
Schmiedet und schmiedet! die Kette springt,
Das neue Jahrhundert ihr euch erringt.
Erwache, Volk, erwache!
Empor zum Licht, empor zum Licht!

*

Unser Versammlungswesen.

Die verflossenen Reichstagswahlen haben in erschreckender Weise die politische Unreife, die bedauerlichste politische Unbildung weiter Volksteile dargelegt. 6,249,088 sozialdemokratischen (U. S. P. mitgerechnet) und 3,746,671 kommunistischen, also zusammen rund **zehn Millionen** Stimmen der Arbeiterparteien stehen im ganzen über **19 Millionen Stimmen der bürgerlichen Parteien** gegenüber, denn 29,888,291 Stimmen sind im ganzen abgegeben worden.

Wollen wir uns gar nicht verhehlen, daß mit einem solchen Wahlausfall die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe um den sozialen Fortschritt um ein Bedeutendes zurückgeworfen worden ist. Denn wer erwartet, daß unter dieser Parteikonstellation eine fruchtbare Arbeiterpolitik getrieben werden könnte, hat aus den Geschehnissen der letzten Jahre nichts gelernt.

Der Ausfall der Wahlen zeigt, daß **nicht nur Hunderttausende**, sondern Millionen von Arbeitern ihre Stimmen **weggeworfen** haben zugunsten der gegnerischen bürgerlichen Parteien. Man sieht daran, **welche Unsumme von politischem Unverstand breiten Massen noch innewohnt**, sonst hätten sie nicht, trotz aller sozialistischen Aufklärung, trotz aller Erfahrungen, die doch in und nach den Kriegsjahren jeder gemacht haben sollte, wieder den rückschrittlichen Geldsackparteien in den Sattel verholfen. Aus diesem Wahlausfall ergibt sich für den Sozialisten die Lehre: „Es ist bei den Wahlen an Arbeit sehr viel, aber es ist nicht genug geleistet worden." Hätte jeder überall, in Verwandten- und Bekanntenkreisen, so gewirkt, wie es hätte sein sollen, so hätten die kapitalistischen Parteien nicht fast doppelt so viele Stimmen aufbringen können, als die Arbeiterschaft, denn in Wirklichkeit sind mindestens achtzig Prozent der Bevölkerung Proletarier.

Das Proletariat hat in dem jetzigen Augenblick deshalb keine dringendere Aufgabe zu erfüllen, als die, **den Kampf gegen den schlimmsten Feind der Arbeiterklasse, gegen den Unverstand der Massen, mit doppeltem Eifer aufzunehmen.** Es bestätigt sich die alte Erfahrung, **daß nur die politische Schulung, die Bildungsarbeit an den Massen, die Massenaufklärung und endlich vorwärts bringen kann und wird.**

Man darf sich nicht mit Redensarten, etwa der, das Schicksal der Arbeiterschaft werde nicht im Parlament entschieden, über die wirkliche Lage hinwegtäuschen lassen. Die Ereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, daß alle politischen Wogen schließlich doch zerschellt sind an Parlamentsbeschlüssen. Das Parlament blieb der letzte Entladungspunkt für alle politischen Kräfte.

Daß die bürgerlichen Parteien **unter sich** gespalten sind, ist für die Arbeiterschaft ein sehr schlechter Trost. Denn alle Kapitalistengruppen sind sich einig, wenn es die Unterdrückung der Rechtbestimmenden geht. Die rein bürgerlich zusammengesetzte Regierung bezeichnet den neuen Kurs, wenn auch noch die deutschnationalen Gruppen ausgeschlossen geblieben sind.

An die Aufhebung der diktatorischen Notverordnungen der letzten Zeit, die die sozialpolitischen Errungenschaften so stark beschnitten haben, denkt nach diesem Wahlausfall kein Mensch, obschon von der damaligen Regierung feierlich erklärt worden ist, daß es sich nur um vorübergehend notwendige Maßnahmen handle.

Was von der Zusammensetzung des neuen Reichstages zu halten ist, sei gezeigt an dem Beispiel des **Mieterschutzes**, einem Gesetz, das schon im früheren Reichstag zu den umstrittensten Gesetzen gehörte. Ueber das Reichsmietengesetz (Kündigungsschutz für Mieter) wurde damals im alten Reichstage namentlich abgestimmt. Nur mit 38 Stimmen Mehrheit wurde es angenommen. Der neue Reichstag zeigt aber in seiner Zusammensetzung ein noch traurigeres Bild. Kenner der Verhältnisse haben berechnet, daß **die Parteien, die im alten Reichstage geschlossen gegen das Gesetz** stimmten, über 142 Mandate verfügten, jetzt aber über 156.

Die Parteien, die geschlossen **für** das Gesetz stimmten, hatten im alten Reichstag 199, im neuen dagegen haben sie nur 162 Abgeordnete. Die Lumpenbestie ist hierbei den mieterfeindlichen Parteien zugerechnet. Neu ist die Deutschvölkische Partei, und es kommt sehr darauf an, wohin sich diese Partei, den Mieterschutz betreffend, schlägt.

Wie überall, so droht also auch auf diesem Gebiete Gefahr. Für die Arbeiterklasse allerdings kein Grund, etwa den Kopf hängen zu lassen, sondern beizeiten zur **Gegenwehr zu rüsten.** Die Politik erfordert Kampf, ständige unausgesetzte Tätigkeit. Wer sich ernsthaft mit der jetzigen Lage befaßt, muß zu der Ueberzeugung kommen, **daß die verflossene Periode des Rückschlags durch eine Arbeit innerhalb der Arbeiterorganisationen ausgeglichen werden muß.** Die **Bildungsarbeit** und **Aufklärungsarbeit** steht, wie schon bemerkt, dabei immer an hervorragender Stelle.

So ganz und gar wird man die Arbeitervertreter im Parlament allerdings nicht beiseite schieben können. Die Parteikonstellation im Reichstage ist so, daß Reibungen unvermeidlich sind, so, daß wir einmal rasch vor der Tatsache von **Neuwahlen** stehen können. Es wäre ein Fehler, wenn man bis dahin die Zeit unausnützt verstreichen lassen wollte.

An den Betriebungen, mehr Aufklärung in die Massen zu tragen, müssen auch die **Gewerkschaften** sich aktiv beteiligen, insbesondere auf dem sie ganz besonder interessierenden sozialpolitischen Gebiet.

Wenn man nun erreichen will, was früher war, daß jeder **einzelne sich als Agitator betätigt**, dann muß aber auch für die nötige Bildung der Mitglieder, die Ausstattung mit Wissen, gesorgt werden. Ein hervorragendes Mittel hierfür sind die **Mitgliederversammlungen.** Ueber lebenswichtige und wirtschaftspolitische Fragen kann in Mitgliederversammlungen nicht oft genug gesprochen werden. Diese Tatsache ist in letzter Zeit gar zu sehr vernachlässigt worden. Verfasser dieses Artikels hat sich in diesem Blatte schon vor Jahren dafür eingesetzt, daß man an den **14tägigen** Versammlungsterminen festhalten sollte. Es kommt aber auf den guten Willen der Mitglieder selbst an, daß etwas nützliches dabei herauskommt.

Mit dem Anhören eines Vortrages und mit Beifallspenden ist es allein nicht getan. Jeder einzelne sollte sich in die verschiedenen auftauchenden Probleme selbst hineindenken. Er sollte sich, und wenn nur kurz, auch einmal an der Diskussion beteiligen. In Rede und Gegenrede werden die Meinungen geklärt. Diskutieren heißt prüfen, vergleichen, unterscheiden, abwägen und sich dann ein **Urteil** bilden.

So mancher, der schon meinte, über einen Gegenstand sich bereits ein klares Urteil gebildet zu haben, hat seine Meinung revidieren müssen, nachdem er auch andere gehört und die Gegengründe kennen gelernt hatte. Jeder Vorschlag will nach jeder Richtung hin, nach der prinzipiellen Seite, wie auch in Bezug auf seine **Durchführbarkeit**, beurteilt sein. Er muß auf seine **Wirkungen und Folgen** hin untersucht werden. Dann erst kann man abschließend zur Beurteilung einer Sache gelangen.

Eine üble Angewohnheit ist es, sich in den Diskussionen zu überhitzen, gehässig und persönlich zu werden. Wer schimpft, hat meistens unrecht. Man muß bedenken, daß man falsche Meinungen nur durch Gegengründe aus der Welt schaffen kann, und daß der Andersdenkende auch seinem Ermessen auch nur das Beste will. Alle Gegenstände der Versammlungen sollten leidenschaftslos durchgesprochen und erledigt werden. (Hier sollte man aus dem Unternehmerlager manches lernen.) Denn man soll bedenken, daß es Naturen gibt, die sich durch Radauversammlungen abgestoßen fühlen. Das Gesamtinteresse der Kollegenschaft erfordert aber einen **vollständigen Versammlungsbesuch.** Es sollte auch niemand zu demselben Gegenstand zu oft und zu lange das Wort ergreifen, was ebenfalls abtötend wirkt, und weil schließlich andere auch etwas zu sagen haben.

Der größte Fehler ist — das gilt wohl für die heutige Zeit besonders —, mit fertiger Meinung in die Gewerkschaftsversammlung zu kommen, vielleicht politische Zeitungsmeinungen jedergeil als bare Münze zu nehmen. Das geht gegen den schon erwähnten Grundsatz des **Selbst-Denkens und Selbst-Entscheidens.** Die parteipolitische Betrachtungsweise ist aus **taktischen Gründen** mitunter eine nicht ungetrübte. Es läßt sich beobachten, daß die rivalisierenden Arbeiterparteien aus agitatorischen Gründen oft direkt entgegengesetzte Wege gehen. Die eine Gruppe verwirft die Volksabstimmung, wo die andere sie für notwendig hält. Die eine will den Austritt aus der Landesregierung, wenn die andere ihn als verfehlt erklärt.

Man wird sich hüten, die unerquicklichen, rein politischen Auseinandersetzungen auf dem Rücken der Gewerkschaften austragen zu wollen. Es kommt nichts dabei heraus. Wir wollen aber so vernünftig sein und zu allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen, **die das Gebiet der Gewerkschaften berühren, als Gewerkschaftler sachlich und ohne Voreingenommenheit selbst Stellung nehmen.**

Ganz verpönt aus unseren Gewerkschaften sollte das Operieren mit Parolen und Schlagworten sein, denn das ist die geistloseste Methode. Man kann in den Gewerkschaften sich nicht paroleumäßig für Generalstreik oder Teilstreik, oder „für" oder „gegen" Tarifverträge erklären. Was das erfolgversprechendste ist, muß in jedem Falle aus den speziellen Vorbedingungen abgeleitet werden. Es dreht sich in dem jetzigen Stadium des proletarischen Kampfes, wie wir oben gesehen haben, **nicht um die Aufstellung geeigneter Parolen, sondern um nüchterne Erörterung der Probleme, um Durchbildung der Massen im ernsten Meinungsaustausch.**

Wird so die Gewerkschaftstätigkeit aufgefaßt, ernsthaft in die Hand genommen und in diesem Sinne Agitation getrieben, so braucht uns um den Zukunftserfolg der Arbeiter nicht bange zu sein. Die Bewegung wird an innerer Kraft gewinnen, die unangebrachten Vorwürfe gegen die Verbandsleitung, die Suche nach „Schuldigen" (die immer ein Zeichen von geistiger Trägheit und Schwäche ist), würde in das Bestreben zum Auffinden praktischer, und brauchbarer Vorschläge umschlagen.

Auf dem Boden der geistigen Trägheit erwachsen die schlimmen und verbandsschädigenden, meist ungerechtfertigten Angriffe gegen die eigene Leitung. Kritik soll geübt werden, wo sie am Platze ist; aber sie muß gerechtfertigt sein. Unserem Verbandsvorstand wird von im Streite nicht Mangel an Aktivität vorgeworfen wollen. Wer unseren Verbandsvorsitzenden, Kollegen Simon, bei der Arbeit sieht, wie er unermüdlich als Politiker, als Genossenschafter, als Gewerkschaftler auf dem Posten ist, sehr sehr oft Tag und Nacht unterwegs, der wird ihm doch wohl nicht den Vorwurf der Unaktivität machen wollen. Auch alle anderen Kollegen haben die anstrengendste Tätigkeit zu verrichten. Denken wir an den überlasteten Redakteur, der unter der Hochflut der fortgesetzten Gesetzesänderungen es fertig bringen muß, auf beschränktem Raum den Betriebsräten und Kollegen wenigstens über die wesentlichsten und wichtigsten Fragen auf dem Laufenden zu halten. Denken wir an die aufreibende Tätigkeit der Begirksleiter, die, keinen Sonntag, keinen Feierabend kennend, ganz in ihrem Berufe aufgehen.

Wo in den Versammlungen an dem Verband und seiner Leitung (wir denken da nicht nur an den Verbandsvorstand, sondern auch an die Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Betriebsräte) Kritik geübt wird, da muß sie sachlichen Erwägungen entspringen und sachlich begründet werden.

Das Hineintragen von persönlichem Klatsch und Streit in die Versammlungen, das oft so sehr der allgemeinen Sache schadet, ist ein Hauptgrund mit, daß oft der Versammlungsbesuch sehr nachläßt. Diesen unleidsamen Dingen abzuhelfen, muß Aufgabe nicht nur der Leitung, sondern aller Mitglieder sein.

Ein Wort ist noch zu richten an die **Phlegmatiker**, die da glauben, alles schon zu wissen, und die deshalb aus Faulheit allen Versammlungen fernbleiben. Wie unrecht diese Leute haben und wie schädlich sie handeln, geht jedenfalls schon aus dem vorstehend Ausgeführten hervor. Schon wenn sie diese Zeilen lesen würden, dürfte mancher zum Nachdenken und zur Einkehr veranlaßt werden. Es muß ihnen vorgehalten werden, daß von ihnen nicht nur der **Versammlungsbesuch gefordert wird, sondern auch gefordert wird,** daß sie wie jedes andere Mitglied im Sinne des Verbandes aufklärend und werbend sich betätigen. Keiner kann heute sagen, daß ihm unter der Herrschaft der täglich neu auftauchenden Probleme die Mitgliederversammlung nichts Neues biete. Die schnell nachwachsende **neue Generation** fordert von den Aelteren mit recht, daß sie **über unsere Ziele und Wege aufgeklärt** werde. Niemals kann der Aeltere dieser Aufgabe gerecht werden, wenn er sich über die Geschehnisse nicht auf dem Laufenden hält.

Der Versammlungsbesuch und Versammlungsverlauf ist der Gradmesser am Organisationsinteresse des Proletariats. Er ist das Barometer der Solidarität und des Zusammengehörigkeitsgefühls der Arbeitsgenossen. Ohne ordentliche Versammlungen fehlt das Band, das alle Mitglieder gleichmäßig umschlingt.

Ohne geistige Klarheit kann kein Kampf mit Erfolg geführt werden. Ob wir sie pflegen, davon hängt, wie wir aus den einleitenden Darlegungen gesehen haben, unser Erfolg der nächsten Zukunft ab. Handeln wir also demgemäß. Lege jeder sich die Frage vor: „Hast du zur Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls und der Solidarität, hast du zur Förderung des Verbandes alles, was in deinen Kräften stand, getan? Hast du zur Beisegung der allgemeinen Gedankenlosigkeit und des Unverstandes der Massen dein redlich Teil beigetragen?" Wenn die Arbeiterschaft in der Mehrzahl diese Fragen uneingeschränkt bejahen kann, dann wird sie die Scharte von den letzten Wahlen einmal auswetzen imstande sein, dann wird aber auch die Organisation blühen und gedeihen und weitere gute Erfolge zeitigen.

Sachverständigen-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse.

Von Professor Dr. Julius Hirsch.

Vorgeschichte und Hauptinhalt des Gutachtens.

Der Vertrag von Versailles hat die Reparationskommission mit der Festsetzung der deutschen Reparationsschuld beauftragt. Diese hat den Gesamtbetrag am 27. April 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. In Londoner Ultimatum vom 5. Mai teilte sie diese Schuld in zwei Teile: 50 Milliarden Goldmark, deren Verzinsung und Tilgung zunächst finanziert werden sollten, 82 Milliarden, die erst bei starkem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaftskraft in Frage kommen sollten. Die deutsche Zahlung sollte **jährlich** bis zur Abtragung der Schuld **zwei Milliarden Goldmark** als „feste Jahresleistung" und eine Abgabe von 26 **Prozent** aus der deutschen **Ausfuhr** als „veränderliche Jahresleistung" betragen. Da man die deutsche Ausfuhr damals auf 5 Milliarden Goldmark veranschlagte, hatte die Entente für den Anfang offenbar auf etwa 3—3½ Milliarden Goldmark jährlich gerechnet. Außerdem wurde — entsprechend einem früheren Angebot der bürgerlichen Regierung Fehrenbach — die Zahlung von einer Milliarde Goldmark vorab bis zum 31. August 1921 gefordert. Schon bei dem Versuch, diese einmalige große Goldleistung nicht durch Anleihe, auch nicht aus dem Goldbestand der Reichsbank, sondern aus den normalen Devisenreinnahmen der deutschen Wirtschaft zu leisten, erlitt die deutsche Währung, die bereits vorher auf 7—8 Prozent ihres Friedenswertes gesunken war, einen neuen, schweren Schlag, der noch durch die den deutschen Ansprüchen nicht ernsteren entsprechende Regelung der oberschlesischen Teilung außerordentlich verschärft wurde. Im Herbst 1921 fiel infolge dieser Umstände und insbesondere auch infolge der Nichtfinanzierung der Reparationsleistungen die deutsche Währung auf etwa ein Fünftel ihres Wertes, d. h. von etwa 7¼ Goldpfennigen auf 1½ Goldpfennige für die Mark. Daraufhin suchte das Kabinett Wirth im November 1921 um ein Moratorium nach, und Walther Rathenau erzielte ein solches in glänzender Verhandlungsleistung in Cannes, obwohl mitten in jener denkwürdigen Konferenz Briand stürzte und Poincaré schon an der Macht war. Die deutschen Sachleistungen wurden auf 1450 Millionen Goldmark festgesetzt, davon sollte Frankreich allein 900 Millionen Goldmark übernehmen. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Uebernahme auch nur einigermaßen in dieser Höhe erfolge, die französische Industrie also in solchem Maße auf die ihr im Wiederaufbau gegebene Arbeitsgelegenheit verzichten würde, war gering. Tatsächlich ist nur ein Bruchteil davon beansprucht worden. Die Goldleistung wurde aber auerst auf 720 und dann auf 500 Millionen Goldmark herabgesetzt. Obwohl heute unter dem Mieum-System eine beträchtlich größere Last getragen wird, ohne daß die Währung dadurch berührt würde, erfolgte damals nach kurzer Pause ein weiterer Währungssturz wegen der unverantwortlichen Finanzpolitik, insbesondere der Nichtfinanzierung der Reparationsleistung, und die Führer der deutschen Industrie machten in aller Welt die Reparationsleistungen, sowohl Gold- wie Sachleistungen, für diesen weiteren Sturz der Währung verantwortlich. Die Stimmung der Nichterfüllungspolitik wurde, von ihrer „Autorität" getragen, in allen bürgerlichen Parteien und nicht unwesentlich darüber hinaus verbreitet. Die Hetze gegen diejenigen, die Erfüllungspolitik aus Erkenntnis bitterer Notwendigkeit vertraten, führte schließlich zur Ermordung Walther Rathenaus. Kurz nachher entschloß man sich zur Einstellung aller baren Zahlungen (Juli 1922), man erreichte auch ein ausdrückliches Moratorium für Barzahlungen für den Rest des Jahres (August 1922) und — trotz allem kam es zu immer wilderem Sturz der Valuta und zur weiteren Verschärfung der Stimmung sowohl in Frankreich wie nicht minder auch unter der Politik der Schwerindustrie gegen jede Reparationsleistung auch in Deutschland. Obwohl das Kabinett Wirth diesen Strömungen weit, vielleicht schon allzu weit, entgegenkam, führten sie zum Sturz dieses Kabinetts und zur Berufung der rein bürgerlichen Regierung Cuno (November 1922). Dieser „Regierung der diskutierbaren Unterschrift", als der Vertreterin der die bisherige Erfüllungspolitik verneinenden Kreise, gelang keine Verständigung mit der Entente; ohne Anhörung ihres Vertreters kam es zum Ruhrkampf (Januar 1923). Als dieser Kampf den unmittelbar erwarteten Erfolg nicht brachte, dagegen infolge immer schlimmerer „Finanz"-Politik durch Notendruckerei einen **Valutasturz von einem in der Weltgeschichte bisher unerhörten Ausmaß**, setzten Anfang Mai 1923 die Bemühungen ein, zu einer neuen Verständigung über Reparationsleistungen zu gelangen. Hierbei mußte man auf früher abgelehnte Gedankengänge zurückgreifen:

Sofort nach Annahme des Londoner Ultimatums hatte der Reichswirtschaftsminister einen Plan zur Finanzierung der Reparationen vorgelegt, der eine **Belastung der deutschen Sachwerte** mit dem Ziele vorsah, auf Grund dieser Sachwerte eine äußere Anleihe für die Reparationsschuldzahlungen der ersten Jahre aufzunehmen. Dieser Plan war im

September 1921 von der Industrie durchkreuzt worden durch das sogenannte „Kreditangebot der deutschen Industrie" von einer Milliarde Goldmark. Dieses Angebot wurde dann aber auch nicht aufrechterhalten, sondern mit Hinweis auf die deutschen Eisenbahnen, die an sich Goldwert genug seien, wieder beiseite gesetzt. Schließlich wurde die ganze Finanzierung überhaupt mehr und mehr der Notenpresse anvertraut. In der Not des Ruhrkampfes mußte nun die Regierung Cuno doch wieder ein Erfüllungsangebot machen und tat dies, indem sie zunächst eine Summe von 30 Milliarden Goldmark anbot. Zins und Tilgung dieser Summe sollten aufgebracht werden zu

⅓ = 10 Milliarden von den deutschen Eisenbahnen,
⅓ = 10 Milliarden durch hypothekarische Belastung der deutschen Sachwerte in Industrie, Handel und Landwirtschaft,
⅓ = etwa 10 Milliarden durch Verbrauchssteuern.

Insgesamt hat die Regierung Cuno selbst schon eine Belastung von ungefähr 1800 Millionen Goldmark jährlich an. Demgegenüber entwickelte Belgien die sogenannten belgischen Monopolpläne, nach denen aus Eisenbahnen, Sachwertbelastung, Zöllen und Verbrauchssteuern neben der Deckung des deutschen Etats noch 3½ Milliarden Goldmark aus der deutschen Steuerkraft herausgeholt werden könnten (Juli 1923). Diese Vorgänge sind die wesentlichsten Grundlagen, welche die ausländischen Sachverständigen, deren Prüfung zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage bereits das Kabinett Wirth-Rathenau angesetzt und der amerikanische Staatssekretär Hughes bereits Ende 1922 unterstützt hatte, nun vorfand, als es Anfang 1924 mit Frankreichs Zustimmung von der Reparationskommission berufen wurde.

Bereits vorher hatte man aber in Frankreich das sehr raffinierte und für Deutschland ungemein drückende System der Mieum-Verträge ausgearbeitet; der ganze Plan wurde schon vor Ausbruch des Ruhrkampfes veröffentlicht und ist hart und rücksichtslos durchgehalten worden. Ein Grundgedanke war, daß dem besetzten Gebiet Deutschlands Daumenschrauben angesetzt und aus ihnen die Lieferungen durch Gewalt herausgeholt werden sollten, die bis dahin mit anderen Mitteln nicht geholt werden konnten. Dieselben Industriellen, die Rathenau gescholten und verfolgt hatten, weil er einen Betrag unterschrieb, der jährlich 1½ bis höchstens 1½ Milliarden Goldmark keinesfalls überstiegen hätte, mußten nun einer noch dem andern Lieferungsverträge unterzeichnen, die bis zu 28 und selbst 30 Prozent der Produktion z. B. des Kohlenbergbaues (bei Koks sogar bis zu 35 Prozent) der Entente umsonst lieferten. Die unmittelbaren Kosten des Mieum-Systems, die nur von Rheinland-Westfalen getragen wurden, waren nicht viel kleiner als diejenigen, die Rathenau überhaupt zu tragen versprochen hatte. Außerdem aber unterlag Deutschland härteren Druckmaßnahmen, der Abgrenzung der deutschen Zölle an der Westgrenze, dem Wegfall der deutschen Eisenbahneinnahmen im besetzten Gebiet, einer besonderen Zollgrenze und unerträglich schweren Wirtschaftshemmungen zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, so daß die Last, die seitdem auf Deutschland ruht, recht wesentlich über alles hinausgeht, was Rathenau je zu leisten versprochen hatte; dabei haben die Ententestaaten von diesem Druck und dieser Last nicht entfernt den gleichen Nutzen, den unsere Kosten und unser Verlust darstellt. Daraus ergaben sich unerträgliche Verhältnisse, denn die Unternehmer konnten aus ihrem Gewinn diese Lasten tatsächlich nicht tragen, sie machten also Versuche, sie auf Verbraucher, Arbeiter und Staat abzuschieben. Wenn wir Ueberweltmarktpreise, aber Unterweltmarktlöhne, und gerade im Bergbau schwere Arbeitskämpfe gehabt haben, so eben auch wegen dieser unglücklichsten Form einer Erfüllungspolitik.

Demgegenüber stellt das

Sachverständigen-Gutachten des Dawes-Komitees

einen unvergleichlichen Fortschritt dar. Seine Hauptgrundsätze sind die folgenden:

1. Vorbedingung zu irgendeiner Lösung der Reparationsfrage ist die Stabilisierung der deutschen Währung und der Ausgleich des deutschen Budgets. Eine solche ist nur möglich, wenn Deutschland die wirtschaftlichen Mittel seines Gebietes zur Verfügung hat und darin und damit frei wirtschaften kann.

2. Eine Sicherheit der Währung wird nur gewährleistet, wenn die Behelfswährungen, insbesondere auch die Rentenmark, durch eine echte Goldwährung (Goldnotenbank) ersetzt werden.

3. Der deutsche Etat muß so aufgemacht werden, daß er nicht nur die inneren Verwaltungsausgaben deckt, sondern auch für die Kriegsschulden ausreichende Werte bereitstellt. Dies ist nach Ansicht des Dawes-Komitees bei geringster Besteuerung möglich, ohne die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung unter diejenige der wichtigsten Ententestaaten sinken zu lassen.

4. Die Lasten des Friedensvertrages müssen in einer Summe zusammengefaßt werden. Bei dem jetzigen geschwächten Zustande der deutschen Wirtschaft ist eine Zahlung im ersten Jahre überhaupt nicht, in den drei folgenden Jahren nur in allmählich steigendem Maße möglich. Deswegen muß das erste Jahr, in dem Sachleistungen gemacht werden müssen, durch eine auswärtige Anleihe von 800 Millionen Goldmark gestützt werden, im zweiten Jahre muß für einen Teil der Reparationslast der Betrag durch Verkauf von Eisenbahnobligationen hereingebracht werden. Wie sich das Dawes-Komitee die deutsche Belastung in den nächsten Jahren denkt, zeigt die folgende Tabelle:

Vorgesehene Zahlungen Deutschlands
(in Millionen Goldmark).

Jahr	Eisenbahnobligationen	Erster Pfandbrief	Zweiter Pfandbrief	Zweiter Pfandbrief	Erster Pfandbrief	Zweiter Pfandbrief	Zusammen
1924—1925	200	—	—	—	—	800	1000
1925—1926	595	—	125	—	500	—	1220
1926—1927	650	290	260	110	—	—	1200
1927—1928	660	290	300	500	—	—	1750
1928—1929	660	290	300	1250	—	—	2500

Nach dem Normaljahr von 1928/29 tritt eine etwaige Steigerung ein, wenn Deutschlands Wohlstand sich hebt. Diese Hebung wird nach einem „Wohlstands-Index" gemessen. Würde die deutsche Wohlstandsentwicklung etwa in gleichem Maße vor sich gehen wie in dem Jahrzehnt vor dem Weltkriege, so würde ein jährlicher Zuwachs von etwas über 8 Prozent in Betracht kommen. Für die Jahre 1929—1934 sieht aber das Sachverständigen-Gutachten davon nur die Hälfte vor.

Wie die Tabelle zeigt, nimmt das Sachverständigen-Gutachten die Lasten

1. aus einer Belastung der in Form einer Privatgesellschaft zu übersführenden Eisenbahnen, die insgesamt mit 22 Milliarden Goldmark belastet werden, wovon der Entente 11 Milliarden Goldmark zufallen;
2. aus der Eisenbahnverkehrssteuer;
3. aus einer Sachwertbelastung der Industrie in der Form von Obligationen, die 5 Milliarden Goldmark umfaßt;

4. der Rest der erforderlichen Steuersumme wird aus dem Etat aufgebracht, insbesondere lasten dafür die Zölle, die Steuern auf Zucker, Bier, das Alkoholmonopol und das neu zu schaffende Tabakmonopol.

5. Damit wird nur gesichert, daß die Beträge in deutscher Währung aufgebracht werden. Ob und wieviel davon in Devisen bezahlt werden kann, ob und wieviel in Sachleistungen abgenommen wird, hat noch ein „Komitee für Reparationszahlungen", der diejenigen Beträge, die nicht ohne Gefahr der Erschütterung der deutschen Währung ins Ausland übertragen („transferiert") werden können, für Rechnung der Entente in Deutschland auszleihen kann. Dies bis zu einem Betrage von 5 Milliarden Goldmark. Ist dieser Betrag erreicht, so können deutsche Reparationszahlungen so lange auf, bis wieder „transferiert", d. h. in Waren oder Geld ohne Erschütterung der deutschen Währung ans Ausland geliefert werden kann.

6. Zur Kontrolle der deutsche Reparationsleistungen werden eingesetzt: neben dem „Agenten für Reparationszahlungen" so ein Komitee für Eisenbahnen, Goldnotenbank und die Verbrauchsteuernahmen und Monopole mit je einem Ententekommissar als Vorsitzenden; dazu ein Komitee für die Industrieobligationen.

Annahme oder Ablehnung?

Hätte Deutschland die Wahl zwischen vorläufigen Lösungen, wie sie Rathenau zunächst für kürzere Frist vereinbart hatte, und dem Plan der Sachverständigen, so würde man sehr wahrscheinlich heute gern die Rathenau-Lösungen wählen. Die Wahl steht aber gar nicht mehr Dawes oder Rathenau, sondern Dawes oder Mieum-System. Und nachdem dieses unglückselige, der Entente nicht sehr viel einbringende, Deutschland aber in unerträglicher Weise belastende System einmal da ist, ist für jeden vernünftig Urteilenden eine Ablehnung des Dawes-Gutachtens ganz ausgeschlossen. Seine Voraussetzung ist zum mindesten die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, und auf absehbare Zeit kostet es Deutschland als Ganzes nicht mehr, sondern weniger als dieses Drucksystem unter der Ruhrbesetzung, das außerdem Deutschland wirtschaftlich zerspaltet. Für die deutsche Arbeitnehmerschaft im besonderen ist aber offensichtlich, daß sie schon jetzt unter dem Mieum-System in unerträglicher Weise leidet, weil die Unternehmer der Reparationsprovinzen auf sie und ihren Lohn diese Last weitgehend mit abzuwälzen haben und weiter abzuwälzen versuchen, und weil sie trotzdem wegen dieser Lasten überhöhte Preise nehmen müssen, die Arbeiter also auch als Verbraucher dadurch bei den wichtigsten Rohstoffen, insbesondere bei der Kohle, schwerstens geschädigt werden. Das Mieum-System ergänzt neben anderen Umständen zu hohe Warenpreise in Deutschland, diese drücken die Ausfuhrmöglichkeit und machen unsere Handelsbilanz passiv, erhöht damit die Nachfrage nach Devisen. Deshalb drückt das Mieum-System, je länger desto mehr, die deutsche Währung mit neuer Erschütterung. Daß aber von einer neuen Inflation die Arbeiterschaft am schwersten getroffen werden würde, das hat Graßmann vor dem Sachverständigen-Komitee so eindringlich dargelegt, daß dieses die Ausführungen in der ganzen Welt verbreitet hat. (Was die Ablehnung des Gutachtens in bezug auf Deutschlands wirtschaftliche und politische Weiterexistenz sonst noch für Folgen haben würde, läßt sich nur ahnen. Der englische Ministerpräsident Mac Donald hat das Gutachten für Deutschland als die letzte Rettungsplanke bezeichnet. Red.) Das Sachverständigen-Gutachten ablehnen, bedeutet vielleicht völkische, aber jedenfalls nicht vernünftige und erst recht nicht nationale Politik. Es annehmen, bedeutet darum noch lange nicht den Verzicht auf schleunigste Erreichung einer besseren Lösung, die durchaus möglich erscheint. Und die Annahme bedeutet erst recht nicht den Verzicht auf gerechtere Verteilung der Lasten in Deutschland selbst, als sie nach dem Schema des Sachverständigen-Gutachtens das hier gerade die wichtigsten Werte noch offen läßt, sich hier automatisch zu ergeben scheint. Die Last steht nun fest. Das äußere Ziel muß sein, solche Formen zu finden, die sie möglichst zweckmäßig und schnell abbürdet. Das innere aber: die Lasten nicht wieder einseitig auf die Lebenshaltung der breiten Masse abzuwälzen, wie es die bisherige Politik der Inflation in so unendlich leidvoller und bitterer Weise getan hat.

Das Fiasko der Leute vom Hakenkreuz.

Ein neuer Hakenkreuztrick — „Völkische" Gewerkschaften.

Die so marktschreierisch aufgetretene, militaristisch aufgezogene „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" — schon ihr Name ist Lug und Trug —, die versprochen hatte, insbesondere das bayerische Volk mit ihren Methoden in kurzer Zeit aus der Elendslage zu befreien, kann nun, nach den Wahlen, ihren Mitläufern gar nichts bieten.

Es ist aus mit der Zugkraft der Phrasen, nachdem die Nachläuferschaft enttäuscht ist und die Wahlen gezeigt haben, welch geringen Volkstell die Hakenkreuz-Leute, gemessen am Volksganzen, hinter sich hatten. Der Wahlausgang hat gezeigt, daß fortgesetzte und überfüllte Saalversammlungen noch lange nicht „das Volk" repräsentieren. Das unisormierte Herumlaufen wird von der Bevölkerung nur noch als Harlekinade betrachtet und der Besucher der „Zirkusversammlungen" werden immer weniger.

Diese Entwicklung hat der „völkischen" Partei nun auch innerlich den Knacks gegeben. Innere Reibungen haben bereits zur Spaltung geführt. Die sich als radikal dünkenden Hitlerianer wandten sich gegen diejenigen ihrer eigenen Gesinnungsfreunde, die parlamentarisch den Versuch machen wollen, sich zu betätigen. Hitler hat den Vorsitz der Partei niedergelegt. Die Esser-München und Streicher-Nürnberg wollen, wie sie erklärten, „die starken Flete des Nationalsozialismus wieder herausstellen und haben wieder eine neue Gruppe, die „Großdeutsche Volksgemeinschaft", gegründet. Esser sagte es in München ganz deutlich, daß das Ziel der „echten" Nationalsozialisten noch wie vor „die Erkämpfung der Macht im Staate mit Gewalt" ist.

Das wird nun aber nicht viel helfen. Die Hohlheit dieser Bewegung ist erkannt; das Fiasko dieser, nicht für, sondern gegen den Sozialismus gegründeten Partei ist besiegelt. Im übrigen ist dies — bei derartigen Bewegungen schon der Fall, wenn die geheimen Zuwendungen reicher Geldgeber aufzuhören beginnen. Die Zeit der diktatorischen Bestimmungen über Mietzins und Bierpreise, des Verbots der sozialistischen Presse usw., die greifellos auch dem Nationalsozialismus noch einen Auftrieb verschaffte, hat in wenigen Monaten einer anderen Situation Platz gemacht. Um so niederschmetternder ist nun der Versall.

Mit dem Aushängeschild „sozialistisch" und „Arbeiterpartei" die Arbeiterschaft einzufangen, ist den Hakenkreuz-Herrschaften, die dieses Firmenschild benutzen, politisch völlig mißglückt, die Arbeiter sind ihrem wirklichen Ideal, dem Sozialismus, treu geblieben. Die Niederlage wieder gutzumachen, versuchen die Leute, die das Firmenschild „Nationalsozialismus" erfunden haben, nun mit anderen Mitteln an die Arbeiterschaft heranzukommen. So unglaublich es klingt, jetzt wollen sie Gewerkschaften gründen. Und zwar gehen die Drahtzieher der Sache in der Weise vor, daß in der kapitalistischen Presse große, über drei Spalten laufende Werbeinserate losgelassen werden.

Es sei schon eine Organisation vorhanden, die den Namen „Reichsbund völkischer Kampfgewerkschaften" führe, verkündet das Inserat. Zuerst kommt der geistige Urvater, die marxistischen Gewerkschaften hätten die Arbeiter seit Jahren belogen und betrogen. Verlogen wird behauptet, die Gewerkschaften hätten Massenaustritte, und schließlich wird in phrasenhaften Versprechungen aufgezählt, was die völkische Gewerkschaft, bei der ein Beruf für den andern solidarisch eintrete, alles für einen Wochenbeitrag von 60 ₰ leisten würde.

Dieser neue verlogene Hakenkreuzertrick zeigt wohl viel „Geschäftstüchtigkeit".

Es ist aber denn doch ein zu plumpes Manöver, nun auch noch auf gewerkschaftlichem Gebiet die Arbeiter narrhaften zu wollen, nachdem das Narrhaftsein auf politischem Gebiet ihnen nicht gelungen ist.

Warum entdecken die Hakenkreuzleute gerade jetzt erst ihre gewerkschaftlichen Fähigkeiten?

Mit der Gründung von Gewerkschaften sind sie mindestens 50 Jahre zu spät aufgestanden. Die Gründung der Gewerkschaftsbewegung ging auch auf eine andere Weise vor sich, wie die Hakenkreuzler das machen wollen. Die Gewerkschaften sind herangewachsen durch idealistisch fühlende, gleichgesinnte, in harter Aufbauarbeit sich zusammenfindende Berufsgenossen, die von Haus zu Haus und an dem Arbeitsplatz ihre Ideen einander mitteilten; nicht aber durch die Werbetrommel bürgerlicher Zeitungsinserate.

Im Kampf gestählt, von unten auf haben sich unsere freien Gewerkschaften entwickelt, und haben sich dann erst eine Spitze gegeben.

Hier macht man von oben den Anfang. Der hochklingende Namen, mit dem man Tölpel einfangen will, ist die erste Erfindung des neuen Verbandes gewesen. Und wenn man den Bestandteilen eines „Reichsbundes völkischer Gewerkschaften" spricht, so darf wohl vermutet werden, daß schon ein kompletter Vorstand vorhanden ist, der allerdings nun noch auf Mitglieder wartet.

Der bemerkenswerte Satz von dem Rückgang der Gewerkschaften ist entgegenzuhalten, daß nach den neuesten Feststellung, die soeben veröffentlicht wird, die freien Gewerkschaften über 6½ Millionen Mitglieder zählen (ohne die Angestelltenverbände). Das beweist, daß unsere Gewerkschaften die wirtschaftliche Misere des Währungszusammenbruchs und seine Folgen glänzend überstanden haben, von geringen Verlusten abgesehen. Auch der Mitgliederstand unseres Verbandes ist gut intact geblieben, was die Kollegen ja selbst vor Augen sehen. Um Solidarität zu üben, brauchen die freien Gewerkschaften wahrlich nicht bei Hakenkreuzlern in die Schule zu gehen. Die Solidarität, daß ein Beruf für den andern eintritt, wurde schon geübt, als das Hakenkreuz noch in Schutt und Asche ruhte. Bei den gewaltigen Kämpfen von größter Ausdehnung, in denen ein Berufsverband nicht allein fertig wurde, haben immer die anderen Gewerkschaften als Gesamtheit eingegriffen. Die allgemeine Solidarität aller Gewerkschaftsmitglieder hat sich in zahlreichen Fällen glänzend bewährt schon vor Jahrzehnten.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wird sich hüten, sich von jenen Leuten Narrenspossen weismachen zu lassen. Die mehr als 40jährige gewerkschaftliche Schulung der deutschen Arbeiterschaft wird hoffentlich ausreichen, diesen völkischen Herrschaften die Türe zu weisen. Schon manchesmal wurde versucht, die deutschen Arbeiter von ihrem richtigen Wege abzudrängen (es sei an die Agitation der Syndikalisten, an die gelben Anfänge der Vorkriegszeit gedacht), aber jedesmal hat die Arbeiterschaft das entschieden zurückgewiesen.

Die Arbeiterschaft von heute darf denn doch nicht gar zu dumm eingeschätzt werden. Die weiß längst, was hinter der völkischen Werbetrommel steckt. War die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei" eine politische Gruppe von Kapitalsgnaden (nach dem Eingeständnis des Nationalsozialisten Stolzing-Prestl hat sie große Summen von Kapitalisten, von Großgrundbesitzern und vom „Landbund" eingesteckt) —, so kann man sich sehr gut denken, was von dem Treiben der völkischen Gewerkschaften zu halten ist. Man kann sich auch heute wieder schon Gedanken machen, wer eigentlich die Summen für solche große Inserate auswerfen kann.

Jedenfalls haben wir schon einmal Gewerkschaftsgruppen von Unternehmersgnaden gehabt. Es ist damit die gelbe Bewegung gemeint, die alles „wirtschaftsfriedlich" regeln wollte, was natürlich ein Ding der Unmöglichkeit ist. Arbeiter in einzelnen Fabriken waren dumm genug, sich damit selbst zu ködeln. Heute haben wir die gleiche Erscheinung ja in Italien; die Gewerkschaften der italienischen „Völkischen", der Faschisten, die alles andere, nur keine Arbeitervertretungen, aber ganz richtigehende gelbe Organisationen sind.

Die deutsche Arbeiterschaft hat ihre Gewerkschaft und braucht keine zweite!

Denn unsere Gewerkschaftsorganisationen sind der Wesensausdruck des Kampfes der Arbeiter mit dem Kapital schon seit Jahrzehnten. Ueber den besten einzuschlagenden Weg sind die Mitglieder selbst souverän. Auch über die Ausgestaltung ihrer Organisation. Völkische Rezepte wären am allermeinigsten angebracht, um die Arbeiter wirtschaftlich wie politisch zum Ziele führen zu können. Man denke nur an den Hitler und an den Lindström-Ludendorff.

Der Aufschwung der Gewerkschaften von 2½ Millionen Mitgliedern vor dem Kriege auf 7½ Millionen nach Kriegsbeendigung war ein Zeichen des natürlichen Vertrauens der Massen. Dieser Aufschwung war aber auch bittere Notwendigkeit, denn seit nun mehr als 5 Jahren haben die aufreibendsten gewerkschaftlichen Schutzkämpfe mit dem Unternehmertum nicht ausgesetzt. Ein noch festeres Zusammenhalten, eine noch größere Stärke der Gewerkschaften ist gerade jetzt am Platze, wo die Herausforderungen des Unternehmertums täglich besitzer und zahlreicher werden.

Jeder Versuch, die gewerkschaftliche Einheit zu zersplittern, ist Gefahr!

Nur vor einer einheitlichen, geeinigten Gewerkschaftsorganisation hat das Unternehmertum Respekt!

Insofern bedeuten diese völkischen Zersplitterungspläne eine Gefahr und es heißt gut aufpassen, daß sie abgewendet wird.

Man mag sich ja nicht in Sicherheit wiegen und etwa meinen: „Wie wird denn eine völkische Gewerkschaft etwa gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen können!" Das wird sie freilich nicht — aber sie will etwas anderes, sie will, wie die früheren Gelben, die Arbeiterschaft in ihrer Entfaltung hindern und würde sie schließlich verraten und verkaufen an das Unternehmertum.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, heißt es, wachsam sein. Seid vor diesen Umtrieben auf der Hut! Die neue gelbe Bewegung agitiert nicht von Haus zu Haus, diese Methode wahrer Idealisten und eine solche Mühe werden die Herrchsten scheuen. Man wird sich insbesondere die Großbetriebe aussuchen, um bei der Arbeiterschaft einzudringen.

Trotzt diesen Demagogen entschieden entgegen!

Weist ihre Versuche direkt an der Schwelle ab!

Aufgepaßt, Kollegen! Ihr wißt, was eine gelbe Bewegung bedeutet. Hier muß jeder einzelne Kollege, jede Kollegin selbst ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun. Ob politisch kommunistisch oder sozialistisch eingestellt, hier muß alles an einem Strange ziehen und sich gewerkschaftlich betätigen! Die Alten unter uns können die Anfänge des gelben Sumpfes von früher. Aber der neuen Generation müssen diese Gefahren begreiflich gemacht werden. Die Jugend muß diszipliniert, in dem gewerkschaftlichen Gedanken befestigt, mit Vertrauen zur eigenen Sache erfüllt werden. Nur geistig angefestigte Leute können politisch den Nationalsozialismus zum Teufel jagen. Schaffen wir deshalb geistige gefestigte Charaktere! An den Alten liegt es, die nötige Aufklärung zu schaffen, damit demagogische Einflüsterungen in der Arbeiterschaft keinen Boden gewinnen. Wie die Jugend ausschlägt, davon hängt die Zukunft unserer Bewegung ab. Bewahrt sie den alten gesunden Sinn, dann wird die neueste gelbe Sumpfpflanze schon am Anbeginn verdorren. Es muß beizeiten vorgebeugt werden.

Alle, die dabei mitarbeiten wollen, alte Erfahrene und junge Begeisterte: Hoch, auf die Schanzen!

Der Zusammenbruch der „Völkischen" im eigenen Urteil.

Im Blatt des Jungdeutschen Ordens, „Der Jungdeutsche", wird zum Rücktritt Hitlers ein Artikel veröffentlicht, den wir ohne weiteren Kommentar wiedergeben, weil er so bezeichnend ist, daß es alle Wirkung abschwächen würde, wollten wir erst dazu Stellung nehmen.

„Die völkische Bewegung in Bayern ist an einem gewissen Stillstand gekommen. Die parteipolitischen Wahlen haben der völkischen Bewegung in Bayern eine ungeheure Belastung gebracht. Was von Weitersehenden immer befürchtet wurde, ist eingetreten. Die einst im lebhaften Fluß befindliche völkische Bewegung mündet nach und nach in die starre Form eines Parteigebildes.

Vor den Wahlen sagte Hitler einmal: „Der deutsche Parlamentarismus ist der Untergang und das Ende der deutschen Nation. Die Parlamentarier . . . haben Angst, daß jemand ohne die „Majorität" Kraft besäße. Was einzig Deutschland noch retten kann, ist die Diktatur des nationalen Willens und der Entschlußfreudigkeit! Unsere Aufgabe ist es, dem Diktator, wenn er kommt, ein Volk zu geben, das reif für ihn ist." Dieser Grundgedanke zieht sich wie ein roter Faden durch Hitlers bisheriges Wirken. Nach der Brachlegung Hitlers hat sich dann ein völliger Umschwung vollzogen. Fast alle bekannten Führer der nationalsozialistischen Bewegung haben kandidiert und sind größtenteils in Landtage und in den Reichstag gewählt worden. Hitler selber hat während der ersten Wochen nicht ein einziges Mal seine Stimme erhoben oder seinen Einfluß nach irgendeiner Richtung geltend gemacht.

Diese plötzliche Umstellung von der rücksichtslosen Ablehnung und Bekämpfung des Parlamentarismus bis zur Beschickung des Parlamentarismus ist für die Bewegung in Bayern katastrophal. Die besten Führer sitzen jetzt in den Parlamenten und haben keine Zeit mehr, sich draußen im Lande um die Bewegung zu kümmern. Während des Wahlkampfes hieß es, die Völkischen eingen nur ins Parlament, um es an Ort und Stelle um so besser bekämpfen zu können. Dieses Wort gilt für Bayern nicht mehr. Denn wie ein namhafter Führer, Landtagsabgeordneter Dr. Buttmann-Nürnberg, vor einigen Tagen in einer Versammlung des „Völkischen Blocks" selbst sagte, sind die Völkischen in solcher Stärke ins Parlament eingezogen, daß wenn sie nur Opposition treiben wollten, sie bald in die größte Verlegenheit kämen. Die Völkischen sind heute die zweitstärkste (drittstärkste! D. R.) Partei im bayerischen Landtag. Sie sind somit ein wesentlicher Teil des Parlamentarismus geworden. Und die Wähler, entsprechend deren parteipolitischen Einstellung, erwarten etwas von der völkischen Partei im Landtag. Wird ihnen aber nichts, dann fühlen sie sich enttäuscht und wählen das nächste Mal eine andere Partei. Deshalb darf kein Zweifel obwalten, daß der unerwartet große Wahlerfolg der Völkischen in Bayern eine Stimmungswahl gewesen ist und nicht als Brustkein für die Vertiefung des völkischen Gedankens in Bayern gewertet werden kann. In den Wählern sind Erwartungen geweckt, die in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden können. Dazu ist die Zeit noch nicht reif, noch weniger die Menschen selber. Daß aus den einstigen Führern der völkischen Bewegung „Parlamentarier" geworden sind, reißt tiefe Lücken in die völkische Bewegung. Sehr schmerzlich ist die Tatsache, unsern Feldherrn Ludendorff im Parlament zu wissen." — Inzwischen gründeten die Hitlerleute Elley in München und Streicher in Nürnberg auf den Trümmern zusammengebrochener Hoffnungen ihre „Großdeutsche Volksgemeinschaft", die die „Karen Kiele des Nationalsozialismus" „zum herausstellen" soll.

Eine feine „Arbeiter"-Partei.

Die einzurichte Wahlliste der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" für den Reichstag enthält die Namen folgender Arbeiter:

1. General a. D. v. Ludendorff.
2. Major a. D. v. Graefe.
3. Hauptmann a. D. v. Röhm.
4. Schriftsteller Graf Reventlow.
5. Arbeiter Littmann.
6. Major a. D. v. Henning.

Wie man sieht, eine feine Arbeiterpartei, in der lauter aberkakte adelige Offiziere führen und sogenannte Arbeiter die Staffage abzuneden haben.

Die Deutschvölkischen und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei.

Unter dieser Firma beteiligten sich die Kriegshetzer und Todfeinde der Arbeiterschaft an den Reichstagswahlen. Schon die Bezeichnung „Nationalsozialistische Arbeiterpartei" beweist, daß die Feinde der Republik auf den Gimpelfang ausgehen. Sehen wir uns ihre Reichsliste an. Da marschieren unter dem Vorantritt Ludendorffs alles Kindfrohm abgetakelte Majore und Hauptleute, Oberleutnants, Direktoren, Industriellen, Rittergutsbesitzer und kapitalistische Tintenkulis, die das ganze liebe Jahr nichts anderes tun, als die hart um ihr Dasein ringenden Proleten mit Dreckkumpen zu bewerfen. Doch auch einige Arbeiter sind auf der Reichsliste an solchen Stellen aufgeführt, so daß sie sicher nicht erwohlt werden.

Wie die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei" die Arbeiter bewertet, geht aus dieser Strophe des Ehrhardt-Liedes hervor:

Arbeiter, ihr Kumpen, wie wird es euch gereh'n.
Wenn ihr die Brigade Ehrhardt werdet seh'n.
Die Brigade Ehrhardt schießt alles kurz und klein,
Wehe dir, ja wehe dir, du Arbeiterschweine!

Dürfen Arbeiter und Arbeiterinnen eine solche Partei in irgendeiner Art unterstützen?

Nein! Nieder mit diesen Todfeinden der Arbeiter!

Republikfeindliche Verbände.

Im bayerischen Landtag hat die deutschvölkische Gruppe bei der Stimmerklärung sich dahin ausgesprochen, daß sie auf der äußersten Rechten zu sitzen wünsche. Damit hat diese sich fälschlich als national, als sozial, ja selbst als Arbeiterpartei bezeichnende Gruppe auch symbolisch dokumentiert, daß sie als die Partei des großten Rückschritts anzusprechen ist. Ihr Zweck soll ja nach Aussprüchen ihrer Führer überhaupt nicht sein, ins Parlament zu gehen, um parlamentarische Arbeit zu leisten. Das herausfordernde Auftreten dieser Leute, die in Bayern eine Heilung offen mit der Waffe im Gürtel herumliefen, ist übrigens nach den Wahlen merklich abgeflaut. Jetzt sollen ihre Führer parlamentarisches Können zeigen, und weil es damit nicht weit her ist, zeigen nun die gefoppten Wähler recht lange Gesichter.

Indessen setzen diese rechtsradikalen Verbände, die mehr oder weniger durch Anwendung von Gewalt die Aenderung der demokratisch-republikanischen Verfassung erzwingen wollen, auch nach den Vorgängen am 8. und 9. November 1923 und nach dem Hitler-Ludendorff-Prozeß ihre Tätigkeit fort. Als Gegengewicht gegen diese überall im Reiche arbeitenden Organisationen ist jetzt von republikanischer Seite der Bund republikanischer Kriegsteilnehmer „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" gegründet worden, dem bereits 800.000 Mitglieder angehören. Im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" ist endlich die Form gefunden, den republikanischen Staatsgedanken zu verkörpern, offen vor aller Welt, vor Freund und Feind. Keine Geheimorganisation ist dieser Bund. Seine Satzungen sind allen Behörden bekannt, seine Ziele werden von allen bekannten Demokraten und Republikanern in Deutschland ohne Unterschied der Parteistellung vertreten und verkündigt.

In seiner Nummer 1 weist „Das Reichsbanner", die Zeitung dieses republikanischen Bundes, darauf hin, daß es eine der Hauptaufgaben ist, über die republikfeindlichen Organisationen, die zum Teil als Geheimorganisationen bestehen, sich klarheit zu verschaffen. Nach einem deutschnationalen Flugblatt sollen nicht weniger als 73 republikfeindliche Organisationen bestehen. Nur einige der rechtsradikalen Verbände geben offen zu, daß sie ihre Mitglieder systematisch in dem Gedanken erziehen, durch Anwendung von Gewalt die Aenderung der demokratisch-republikanischen Verfassung erzwingen zu wollen, die Mehrzahl heuchelt friedliche Absichten oder hält sich gar in das Gewand parteipolitischer Neutralität. Ob sie es aber zugeben oder nicht — in all diesen Verbänden wird die Gegnerschaft zur republikanischen Staatsform propagiert. Diese Organisationen sind zum Teil von ihren Gründern zu dem ausgesprochenen Zwecke errichtet worden, auch Arbeiter in ihre Reihe zu ziehen, um damit der sozialistischen Arbeiterbewegung, die allein ernsthaft um den sozialen Fortschritt bemüht ist, Abbruch zu tun. „Das Reichsbanner" gibt eine Zusammenstellung der wichtigsten, größten oder in ihren Bestrebungen gefährlichsten rechtsradikalen Verbände wieder, die Heinz Pollack zum Verfasser hat und die unlängst in der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht wurde.

Im folgenden geben wir wieder, was Heinz Pollack über die rechtsradikalen Verbände zu sagen weiß.

Organisation C.

Zunächst die O. C., die Organisation Consul. Sie ist das militärische Werkzeug des Alldeutschen Verbandes. Der O. C. seit kurzem angeschlossen sind der Wiking-Bund und als Jugendorganisation der Plücher-Bund.

Man muß unterscheiden zwischen der O. C. in Norddeutschland und der in Süddeutschland. Die Führung im Norden haben Dr. Blohme in Rostock und Kapitän Steber in Bremen. Militärisch am trotzigsten ist die Wasserkante organisiert. Hier befinden sich in Bremen, Hamburg und Lübeck kleine durchgebildete Formationen der O. C. Im übrigen ist die Verbindung ganz unter der Oberfläche. Mazwierungen geschehen durch Vertrauensleute von Haus zu Haus. Das Pressorgan der O. C. für den Norden ist der „Heimdall", der in Rostock erscheint.

Den Oberbefehl über die O. C. im Süden haben Kapitän Ehrhardt und Kautter. Kautter war bisher nur der Pressechef Ehrhardts, organisiert aber jetzt die O. C. in Südbayern. Das Pressorgan der O. C. für den Süden ist der „Fridericus", der in München herausgegeben wird.

Die Gesamtstärke der O. C. beträgt 10,000 Mann.

Der Völkische Kampfbund.

Auch der Völkische Kampfbund zerfällt in eine Nord- und eine Südorganisation. Der Führer im Norden ist Knebel, der ehemalige Vorsitzende der deutsch-völkischen Turnerschaften. Die Turnerschaften sind vollkommen in dem Kampfbund aufgegangen. Der Kampfbund ist überallhin verteilt. Hauptstützpunkte in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg und in letzter Zeit besonders Thüringen. Im Kampfbund befinden sich auch eine Reihe ehemaliger Stahlhelmgruppen. Die Presseorgane für den Norden sind „Großdeutsche Warte", „Mecklenburger Warte" und der „Kameraden".

In Bayern ist der politische Leiter Hitler, der militärische Leiter Oberstleutnant Kriebel. Doch heißt es, daß Kriebel wegen verschiedener Differenzen den Oberbefehl in diesen Tagen niedergelegt hat, und daß man gerade dabei ist, einen neuen Leiter zu wählen. Die Leitung über die Sturmabteilung des Münchener Kampfbundes liegt in den Händen des Hauptmanns Göhring. Außerdem sind dem Völkischen Kampfbund in Bayern noch die Verbände „Reichskriegsflagge" und „Bund Oberland" angeschlossen. Das Organ des Bayerischen Kampfbundes ist die „Großdeutsche Zeitung" (inzwischen eingegangen).

Die Stärke des Kampfbundes im Norden beträgt 10,000 Mann, im Süden 6000 Mann ohne Mitläufer.

B. V. B.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände unter Leitung des ehemaligen deutschsozialpartelichen Abgeordneten Geißler und des Obersten Below umschließen etwa 30 Verbände, in der Hauptsache völkische Arbeiter- und Angestelltengruppen; aber auch eine ganze Anzahl militärischer Formationen, so das Regiment Olympia des Obersten von Luck in Berlin, das Regiment Reinhardt, dessen Stärke etwa 2000 Mann beträgt, das Regiment Norden in Berlin und das Regiment Waren in Mecklenburg, über das wir seinerzeit berichteten. Ferner sind dem V. V. V. die mecklenburgischen, pommerschen Landbundorganisationen angeschlossen.

Die Stärke der V. V. V. in Norddeutschland ist schwer zu bestimmen. Man kann die Zahl auf 12,000 Mann ohne Mitläufer schätzen.

Starker sind die V. V. V. in Bayern, wo sie sich Bund Bayern und Reich nennen und unter Leitung Pittingers und des Professors Bauer stehen. Hier befindet sich die ehemalige Einwohnerwehr und Selbstschutzorganisation Escherichs und auch eine Anzahl von Jugendgruppen (Stahlhelm, Blau-weiß-blau, Jugendbund „Bismarck" usw.).

Die V. V. V. in Bayern sind etwa 20,000 Mann stark.

Die Organisation Roßbach.

Diese Organisation ist augenscheinlich in voller Auflösung begriffen. Eine Mecklenburger Formation wird vom Völkischen Kampfbund verschluckt und ihre sehr starke schlesische Formation hat sie ins Freikorps Heydebreck anwerben lassen. In Mecklenburg befinden sich noch etwa 500 Roßbach-Leute auf den Gütern.

In München sind es noch etwa 300 Mann unter Leitung des Leutnants Heinz. Roßbach selbst bezeichnet sich schon seit längerer Zeit in Salzburg mit einem Rest von etwa 300 Mann. Er wirkt zurzeit rein propagandistisch, indem er sogenannte Grenzzeitungen herausgibt, die jedesmal den Namen einer andern Grenzgegend tragen, bald Oberschlesien, bald Schleswig-Holstein, bald Ostpreußen, aber in Wirklichkeit alle in Salzburg gedruckt werden. Die Organisation, soweit sie überhaupt noch besteht, vor allem Roßbach selbst, sucht Anschluß an die österreichisch-völkischen Gruppen des Obersten Bauer.

Der Stahlhelm.

Der Stahlhelm ist hervorgegangen aus dem Verein ehemaliger Frontkämpfer. Seine Führer sind Kapitänleutnant Mathy in Berlin, Oberleutnant Düsterberg in Halle, v. Auer in Ostpreußen und Kapitänleutnant Wernig in München. (Vollständig erwähnt den Bundesführer Seldte in Magdeburg, der tatsächlich aber auch nur noch der nominelle Führer des Bundes ist. Seldte ist „radikal" genug. Es besteht die Absicht, ihn nächstens als „Ehrenvorsitzenden" kalt zu stellen. Red. des „Reichsbanners".)

Der Stahlhelm besindet sich augenblicklich in einer Krise. Die radikalen Teile lösen sich los. So seine Jugendorganisation, der „Werwolf", der sich selbständig machen will. Der „Werwolf" ist etwa 10,000 Mann stark.

Die Gesamtstärke des Stahlhelms" dürfte mit den Ortsgruppen in Süddeutschland 200,000 Mann betragen. Es befinden sich in ihnen auch sehr gemäßigte Gruppen. Andere Teile sympathisieren wieder ganz offen mit Hitler.

Hanfreks und Organisation Heinz.

Zwei Reinerze, aber um so gefährlicherer Formationen bestehen noch immer. Zunächst die Hanfreks. Diese Organisation ist ein Ableger der O. C. Ihr Führer ist ein gewisser Richter, der in Berlin lebt und mit falschen Orden Schwindel treibt. Die Hanfreks hat kleinere militärische Detachements, vor allem Dingen in Hamburg, Bremen und Lübeck.

Die ganze Hanfreks ist augenblicklich höchstens 1000 Mann stark, aber sie ist straff militärisch organisiert.

Sodann existiert immer noch die berüchtigte Organisation Heinz" des Leutnants Heinz v. Hohenstein. Ihr Sitz ist in Kassel, wo auch der Führer wohnt. Ihre Stärke beträgt augenblicklich 300 Mann, war aber noch besonders Ende vorigen Jahres und zur Zeit des passiven Ruhrkampfes und des Küstriner Putsches bedeutend stärker.

Die Organisation Heinz ist eine rein militärische Formation, die sich den verschiedensten rechtsradikalen Bestrebungen als Truppe zur Verfügung stellt.

Jungdeutscher Orden.

Ihm Schließe sei noch der Jungdeutsche Orden erwähnt, auch „Jungdo" genannt. Der Hauptsitz ist Kassel, der Leiter heißt Marauhn. Der Orden ist über das ganze Reich verteilt und besitzt weit über 1000 Ortsgruppen.

Handwerkserinnerungen aus alter Zeit.

Wie aus der deutschen Literatur-Uebersicht zu entnehmen, bringt der Kunstverlag von Bart Gerlingshaus in Planegg bei München sechzehn Radiobungen von verschiedenen alten Meisterstichen des Amsterdamer Künstlers Gaspar Luyken betreffs auf denen uns die verschiedenen Handwerke des Mittelalters in originaler Art vorgeführt werden.

Die Bildnisse waren ursprünglich in dem im Verlag von Christoph Weigel in Nürnberg erschienenen Werkchen „Etwas für Alle" des berühmten, wegen seiner Sprachmeisterschaft von Goethe und Schiller hochgeschätzten Wiener Hofpredigers Abraham a Santa Clara enthalten, in denen dieser jedem Handwerk eine Betrachtung widmete. (Weiter hat Abraham a Santa Clara sehr verdient und ist auch seine Augustinerpredigt (Klosterkirche) an den Tod und die Werke von Abraham a Santa Clara anzeichnet.) Von diesen originellen Beschreibungen aus der Zeit um 1695 sind die auf den „Schuster" und den „Gerber" Bezug nehmenden besonders interessant. Wir geben sie nachstehend im Auszug wieder.

Der Schuster oder Schuhmacher.*)

Das Schuster-Handwerk ist sehr alt / und soll es der berühmte Mann Boetius erfunden haben.

Vor Zeiten aber bei den Griechen und Römern trugte man keine dergleichen Schuh, wie anjetzo in Brauch / sondern nur unterhalb an den Fersen ein Sohlen / so machmals über den bloßen Fuß mit zweyen Riemen gebunden worden / fast wie jetzt die Kapuziner zu tragen pflegen. Diese Schuh werden sonst Sandalien genennt. Die Schuster und Schuhmacher seynd gar ehrliche Leuth / und sind schon Päpste Schusters Söhne gewest, so Urbanus der 4te und Joannes der 22te / ist also ein unfehlbarer Kennzeichen, daß dero Eltern gute und tugendsame Leuth gewesen.

Es seynd aber die Schuster nicht alle weiß gewest / sondern auch viel stecken / ich will sagen, daß auch einige nicht ohne Fehl und weiß sie mit dem Leth umgehen / seynd sie oft mit den Partisanmachern über einen Leth geschlagen / wissen das verbrennte Leder so trefflich zu gebrauchen / daß zuweilen ein paar Schuh durch einige Rottlacken schon ein Schiffbruch leidet / aber wenn sie auf ein solche oder ein andere Weis den Nechsten also betrogen / und so falsch handeln / so wird sie der Teufel zu seiner Zeit wohl mit dem Aloyß-Holz auf die Bratzen schlagen.

Der Gerber oder Lederer.*)

Die Gerber haben ein sehr hartes Handwerk / und müssen oft ganz nackend und bloß / bald im kalten / bald im heißen Wasser die Arbeit verrichten / und leidet bey ihnen ihr eigene Menschen-Haut sowohl / als die Ochsen-Haut / aber dero Gewerb ist sehr reich und ertrieglich / zumahlen der Leders jedermann vonnöthen / wann er nicht will / wie etliche Italiänische Bauern / mit Holz-Schuh vor Lieb nehmen.

Die Gerber verfahren erschröcklich grob mit denen Häuten / man schabt sie / man tritt sie / man schlägt sie / man beitzt sie / man hängt sie gar auf wie einen Dieb am Galgen / aber alles ist ihnen unglich / und werden nachmahls um viel Geld verkauft.

Im übrigen findt man auch bey etlichen Gerbern ziemlich Betrug / und arbeiten bisweilen so liederlich / daß dero Arbeit mehrer liederlich als lederer ist: oft ihr Pfund-Leder nur ein Stund-Leder könnte genannt werden / so wenig tauerhaft; so wissen sie nicht weniger ein Kuh-Haut für ein Ochsen-Haut hervorzureichen / auch dem abgeschnittenen Leder mit dem Messer-Strich ein solche Gestalt geben / als hätte es weiß nicht man für eine Diele / indem es aber in Warheit kein Diele / sondern vielmehr ein falscher Tück / mit dem sie den unbehutsamen Bauern hinter das Licht führen / ein solcher verspricht nicht allein ein schlimme Haut, sondern ist selbst ein Sch. Nequam in der Haut.

Was die gerechten Lederer seyn / ihr Ihnen hierdurch an ihrer Ehre gar nichts genommen.

*) Auszug aus dem Werchen „Etwas für Alle", das ist: Eine kurze Beschreibung aller Stände, Handwerk- und Gewerbs-Verthuen durch P. Abraham a Santa Clara. Kurtzeilicher Hochtrabender Mix" (circa 1695—1700).

Altägyptische Schuhmacher.

Auf Wandgemälden in altägyptischen Gräbern sind alle möglichen Arten Handwerker bei ihrer Arbeit dargestellt, so auch die Schuhmacher. Auf diesen drei- bis viertausend Jahre alten Bildern sieht man den Schuster schon auf seinem dreibeinigen Schemel sitzen. Auf einem Gemälde hält er in der linken Hand eine Lederjohle, während er mit der rechten Hand vermittelst eines Priemens Löcher in die Seitenlappen der Sohle bohrt. Sein Nachbar auf demselben Bilde zieht mit den Zähnen einen dünnen Riemen durch ein Loch der Sohle. In der Werkstatt sieht man noch Messer, Bohrstecken, Schaber, Nadeln, Hammer, Schlegel und rohes Leder. Zugeschnittene Sohlen hängen an den Wänden.

Das Schuhmacherhandwerk war im alten Aegypten nicht zu solcher Höhe entwickelt, wie manche andere Gewerbe. Daß auf diesem Gebiet keine großen Fortschritte zu verzeichnen waren, lag daran, daß die Masse der Aegypter barfuß zu gehen pflegte. Bei denen, die Fußbekleidung trugen, war die Sandale am gangbarsten. Sie bestand nicht immer aus einer Lederjohle; es gab auch Leinwand-, Palmblatt-, Papyrus- oder Schilfsandalen. Am Fuße hatte die Sandale vermittelst zweier Bänder, wovon das eine über den Spann, das andere zwischen den Zehen befestigt war. Zur Beschützung der Zehen wurde die Sandalenspitze manchmal verlängert über die Zehen geschlagen und auf dem Spann festgebunden.

Später finden sich dann auch Sandalen mit Seitenrändern, so daß ein Halbschuh zustande kommt. Daraus entwickelte sich allmählich der lederne Schnürschuh. Auf allen Stadien der Entwicklung kann man die Erzeugnisse dieser Schuhmacher im Aegyptischen Museum zu Berlin kennen lernen: zahlreiche Sandalen aus Palmblättern, Papyrus, Leinwand, Leder sind da vorhanden, und auch ein Paar ägyptischer Schnürschuhe wird aufbewahrt. Ueber die soziale Lage der Schuhmacher im Pharaonenland wissen wir nicht viel. Man liest aber in einem Papyrus, der 1500 v. Chr. abgefaßt ist: „Der Schuster ist sehr übel daran; bis zu seinem Tode bleibt er ein Bettler." Demnach scheint das Schuhmacherhandwerk im alten Aegypten keinen goldenen Boden gehabt zu haben.

Innerhalb des Jungdos gibt es die verschiedensten Strömungen und Färbungen von gemäßigt rechts bis ultrarechts. Auch hier zeigen sich Zersplitterungserscheinungen. Die radikalen Gruppen versuchen sich selbständig zu machen.

Die Gesamtstärke des Jungdeutschen Ordens beträgt 100,000 junge Leute, die keine Waffen besitzen.

*

Seiner Zusammenstellung schickt Pollack folgende Bemerkungen nach:

Als Gesamtheit sind diese Verbände sehr stark; aber man soll sich davor hüten, sie zu wichtig zu nehmen. Denn sie sind nicht nur in sich zerspliittert, sondern bekämpfen sich gegenseitig bis aufs Messer. So sieht zum Beispiel der Hitlersche Kampfbund die O.C. des Alldeutschen Verbandes als Verräter an, die O. C. ebenso den Kampfbund. Die V.V.V. ihrerseits laviert zwischen beiden, augenblicklich stehen sie mehr auf Seite der Partei der O.C. Und gerade die radikalsten Vereinigungen befinden sich zumeist in großen finanziellen Sorgen. Die Geldgeber stopfen seit einigen Monaten.

Nach dem Münchener Novemberputsch sind die völkischen Parteien und Verbände in zwei feindliche Lager auseinandergefallen. Hinter Hitler und Ludendorff stehen die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die Deutschvölkische Freiheitspartei, der Völkische Kampfbund, während die Deutschsozialistische, die Völkisch soziale Partei, die Großdeutsche Arbeiterpartei, die Deutsche Partei, die O.C. und die Vereinigten Vaterländischen Verbände mit all ihren Unterverbänden hinter Kahr und den Alldeutschen stehen.

In den letzten Monaten ist wiederholt versucht worden, eine Einigung herbeizuführen. Sie ist jedesmal gescheitert. Und im Augenblick ist die Zersplitterung und gegenseitige Feindschaft größer denn je. Die Wahlflugblätter der völkischen Parteien überschritten in gegenseitigen Beschimpfungen jedes Maß.

Theoretisch könnten die rechtsradikalen Kreise eine ganz ansehnliche Macht auf die Beine bringen. Ein Teil dieser Macht wäre sogar bewaffnet, wenn auch nur unvollkommen, vor allem mit Gummiknüppeln und Schlagringen. In Berlin zum Beispiel könnten die Rechtsradikalen, wenn sie sich zu einer Demonstration vereinigen wollten, immerhin 75,000—100,000 Mann auf die Straße bringen. Davon wäre allerdings mehr als die Hälfte nichts als Mitläuferschaft.

Aber die Macht dieser Zahl wird in der Praxis aufgehoben durch die allgemeine Uneinigkeit. Einig ist man sich nur darüber, daß die Weimarer Verfassung gestürzt werden müsse. Was an ihre Stelle gesetzt werden soll, darüber hat man keine bestimmte Vorstellung, und soweit man sie hat, will der eine immer genau das Entgegengesetzte wie der andere. Teils erstrebt man die Monarchie, und zwar hier die Monarchie der Hohenzollern, dort die irgendeines anderen deutschen Herrscherhauses, vornehmlich der Wittelsbacher; es gibt sogar Strömungen, die für ein Großdeutschland im Zusammenschluß mit Oesterreich unter der Herrschaft der Habsburger eintreten. Teils will man gar keine Monarchie, sondern eine militärische Diktatur oder ein Wirtschaftsdirektorium. Kurzum: Wachstumtreibt wird sehr wörtlich sein, zu übertriebener Angst liegt kein Grund vor.

So weit Heinz Pollack. Die bisherige Entwicklung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold berechtigt zu der Hoffnung, daß in ganz kurzer Zeit diese Kampforganisation der deutschen Republiktreuen stärker sein wird als alle diese Organisationen der Rechtsradikalen zusammengenommen. Nicht nur zahlenmäßig, sondern auch durch die innere Geschlossenheit und die Uebereinstimmung in den Zielen.

Die christlichen Gewerkschaften für die Hungerzölle.

In der am 15. Juli stattgefundenen Aussprache der Gewerkschaften aller Richtungen mit dem Reichsernährungsminister bot der Vertreter Baltrusch von den christlichen Gewerkschaften ein schamloses Schauspiel des Verrats an der arbeitenden Klasse. Er behauptete nicht nur, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands seit den siebziger Jahren durch die Wandlung zur Schutzzollpolitik ermöglicht worden sei. Die Landwirtschaft könne heute nur durch die Schutzzölle wieder aufblühen. Er wendete sich lediglich gegen die Zölle auf Einfuhr von Gefrier- und Büchsenfleisch, weil sich gegen solche Schutzzölle die Interessen Einspruch erheben würde. Die Landwirtschaft habe gegenüber den sozialpolitischen Forderungen der Arbeitnehmerschaft zunehmend geringeres Verständnis gezeigt. Es wäre zu hoffen, daß sie jetzt, wenn in Arbeitnehmerkreisen Stimmung für Schutzzölle, um der Landwirtschaft zu helfen, vorhanden sei, den Arbeitnehmern in sozialpolitischen Fragen mehr entgegenkommen würde.

Verrat geht um! Die Arbeiterschaft soll sich geduldig den Hungerriemen enger schnüren lassen, damit die Großagrarier leichter den sozialpolitischen Forderungen zugänglich werden. Sie wollen die christlichen Arbeiterführer. Ihre Mitglieder werden diesen erbärmlichen Verrat ablehnen müssen. Sie werden sich mit allen jenen Volksgenossen, die gegen den Brotwucher sind, in eine Front stellen und gemeinsam den Kampf gegen Brotwucher und Hungerzölle aufnehmen.

Wahlresultat der Delegiertenwahl zum Verbandstage.

Nachstehend veröffentlichen wir das Ergebnis der Hauptwahl zum Verbandstage in Leipzig.

1. Bezirk.

1. Wahlkreis Augsburg 1 Delegierter. Abgegeben 426 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: K. Räder 400, M. Kieser 26. Gewählt: Karl Räder-Augsburg.

2. Wahlkreis München 1 Delegierter. Unentschieden, liegt Wahlprotest vor.

3. Wahlkreis Nürnberg 3 Delegierte. Wahl hat noch nicht stattgefunden.

4. Wahlkreis Bezirk 1, 4 Delegierte. Abgegeben 2611. Es erhielten Stimmen: F. Tiesel-Furtenbach 2248, A. Pöltz-Schweinfurt 2247, J. Röß-Bamberg 2127, J. Tiesel-Herzogenaurach 2088, H. Langkalla 672 und D. Schweier 658. Gewählt: Ludwig Pöltz-Schweinfurt, August Röß-Bamberg und Johann Tiesel-Herzogenaurach.

2. Bezirk.

5. Wahlkreis Heilbronn 1 Delegierter. Abgegeben 788 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: G. Gutbe 455, G. Hartelmann 312. Gewählt: Gottlob Gutbe-Heilbronn a. N.

6. Wahlkreis Kornwestheim 3 Delegierte. Abgegeben 803 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: F. Büchler 734, Franz K. Kengerter 542, H. Schäufele 304, Max Jäger 31, Theodor Zeller 24, K. Krohn 18. Gewählt: Karl Büchler und Franz Anton K. Kengerter, Kornwestheim. Stichwahl zwischen Schäufele und Max.

7. Wahlkreis Stuttgart 2 Delegierte. Abgegeben 1099 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: G. Wöhrner 552, Franz K. Pfeifer 541, J. Hiller 498, Franz W. Böhle 415. Gewählt: Gustav Wöhrner und Franz Maria Pfeifer, Stuttgart.

8. Wahlkreis Tuttlingen 3 Delegierte. Abgegeben 478 gültige Stimmzettel. K. Kerens 369, F. Haug 316, W. Eisenlohr 267, J. Hawoldt 214, Franz A. Heddig 169, K. Denke 54. Gewählt: Franz Xaver Haug und Wilhelm Eisenlohr-Tuttlingen.

9. Wahlkreis Bezirk 2, 4 Delegierte. Abgegeben 3641 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Chr. Buchmann-Schwenningen 1964, G. Reinath-Göppingen 1, J. Vogler-Kornthal 1728, Chr. Dreibel-Brondorfs 1661, A. Gabr-Göppingen 845, W. Bez-Kuhlott 817, J. Berg-Bietigheim 719, R. Sommer-Ohmdal 705, A. Pfertsch-Gmünd 265, U. Hirschmann-Ludwigsburg 129. Gewählt: Christian Buchmann-Schwenningen, Gottfrit Reinath-Göppingen, Johann Vogler-Neuffingen und Christian Dreibel-Brondorf.

3. Bezirk.

10. Wahlkreis Frankfurt a. M. 2 Delegierte. Abgegeben 736 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Fr. Brühne 599, K. Atzert 502, K. Atzert 162, W. Franz 150. Gewählt: Friedrich Brühne und Friedrich Koch-Frankfurt a. M.

11. Wahlkreis Offenbach a. M. 3 Delegierte. Vorgeschlagen und gewählt wurden: Georg Brühne, Jakob Gorell und Hermann Schulz-Offenbach a. M.

12. Wahlkreis Bezirk 3, 2 Delegierte. Vorgeschlagen und gewählt wurden: Ernst Göttling-Gleichwege und Ernst Alten-Kassel.

4. Bezirk.

13. Wahlkreis Köln 1 Delegierter. Abgegeben 447 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: K. Kallinger 306, Fr. Kärten 141. Gewählt: Rudolf Kallinger-Köln.

14. Wahlkreis Bezirk 4, 2 Delegierte. Abgegeben 1210 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: G. Pehle-Bielefeld 797, O. Rees-Wermelskirchen 690, Fr. Schnaz-Barmen 440, J. Ertel 262, O. Kladere 186. Gewählt: Gustav Pehle-Bielefeld und Otto Reeb-Wermelskirchen.

5. Bezirk.

15. Wahlkreis Bezirk 5, 3 Delegierte. Abgegeben 1672 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: W. Wegner-Danzigerl 1176, J. Wurl-Hamburg 726, O. Buchdrucker-Hildesheim 656, Fr. Habenicht-Lüneburg 637, Fr. Dunker-Bremen 410, H. Seemann-Lübeck 311, H. Rühlemann 283, H. Meier-Rostock 195, R. Schlüter-Stade 1, Wittrock 169, F. Lohrmann-Göttingen 127, G. Hertmann-Glückstadt 115. Gewählt: Bernhard Wegner-Hannover, Stichwahl zwischen Paul Buchdrucker, Hildesheim und Lüneburg.

6. Bezirk.

16. Wahlkreis Berlin 3 Delegierte. Abgegeben 665 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: J. Höhn 629, W. Roser 517, G. Brockmann 464, D. Müller 215, K. Beier 56, O. Mönke 42. Gewählt: Johannes Höhn, Wilhelm Zoller und Gustav Brockmann, Berlin.

17. Wahlkreis Bezirk 6, 3 Delegierte. Abgegeben 1842 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: K. Liebenau-Frankfurt a. O. 1528, G. Buchholz-Landsberg a. d. W. 1362, W. Gans-Stettin 1159, H. Brüning-Greifenberg 369, G. Maurits-Rowanowo 319, S. Schulz-Bonow 268, C. Tischerich-Königsberg 257, W. Reiber-Luckenwalde 153, R. Kühne-Bernau 142, K. Kurz-Naumburg a. S. 60, H. Brodde-Neustettin 40, C. Kramer-Forst 25. Gewählt: August Liebenau-Frankfurt a. O., Georg Buchholz-Landsberg a. d. W. und Paul Gans-Stettin.

7. Bezirk.

18. Wahlkreis Breslau 2 Delegierte. Abgegeben 1135 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: G. Reiner 1002, W. Eichner 916, B. Langer 219, B. Hebenstreit 166. Gewählt: Georg Reiner und Robert Bländer, Breslau.

19. Wahlkreis Dresden 2 Delegierte. Abgegeben 665 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: K. Klein 475, H. Adel 388, H. Damm 283, M. Tomasch 92. Gewählt: Karl Klein und Hermann Adel, Dresden.

20. Wahlkreis Zwickau-Lößnitz 3 Delegierte. Vorgeschlagen und gewählt wurden: Richard Renker-Zwickau, E. Lehmer-Zwickau und R. Nämmler-Lößnitz.

21. Wahlkreis Bezirk 7, 8 Delegierte. Abgegeben 2992 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: A. Drechsler-Meißen 2290, C. Vogel-Waldheim 2272, C. Rüssel-Zeitzenrendorf 2095, W. Böttcher-Grossitsch 1734, H. Berndt-Nossen 1696, R. Hauschild-Riesa 1 O.-Schl. 1681, A. Hellemann-Hartha 1675, B. Rudolph-Oppendorf 1584, Fr. Brüger-Leipzig 1586, C. Kretzschmar-Leisnig 1319, B. Schert-Cicken 1311, M. Schäfer-Freiberg 1230, M. Deb-Altenfriesenhorst 1206. Gewählt: Emil Drechsler-Meißen, Otto Vogel-Waldheim, Otto Rüssel-Zeitzenrendorf, Paul Böttcher-Grossitsch, Hermann Hauschild-Riesa, Karl Hauschild-Neustadt 1 O.-Schl., Arno Hellemann-Hartha und Bruno Rudolph-Oppendorf.

8. Bezirk.

22. Wahlkreis Burg 2, W. 3 Delegierte. Abgegeben 1538 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: B. Ludwig 1003, W. Steiner 939, G. Hofersland 861, W. Wünschel 753, Franz M. Böh 541, M. Reimer 536. Gewählt: Bernhard Ludwig, Max Steiner und Gustav Hofersland, Burg b. M.

23. Wahlkreis Erfurt 5 Delegierte. Abgegeben 581 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: R. Mädel 470, Paul Schäffler 427, Armin Schäffler 427, W. Schäfer 426, A. Zimmer 167, Franz Wenige 121, Fr. Jordan 121, W. Kormes 116, J. Haak 90. Gewählt: Karl Mädel, Paul Schäffler, Armin Schäffler, Paul Schäfer und Kurt Hermann, Erfurt.

24. Wahlkreis Weißenfels 3 Delegierte. Abgegeben 298 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: R. Roh 231, A. Bulo 207, A. Kubisch 154, Franz A. Wämner 115, G. Mobiow 90, Fr. Decht 73. Gewählt: Rudolf Roh, Hermann Busch und Johann Kubisch.

25. Wahlkreis Bezirk 8, 4 Delegierte. Abgegeben 1961 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Fr. Böttger-Weiba 1842, R. Steinschneider-Mittelhausen 1, Th. 1296, R. Gäbler-Halle a. S. 1013, B. Böhme-Stadtilm 1011, A. Kechtres-Magdeburg 904, H. Baumbach 798, M. Popp 537, R. Duto-Jena 360, G. Schnabel-Holdenstadt 260. Gewählt: Wilhelm Böttger-Weiba, Paul Steinschneider-Mittelhausen 1, Th., August Gäbler-Halle a. S. und Hilmar Böhme-Stadtilm.

9. Bezirk.

26. Wahlkreis Pirmasens 5 Delegierte. Pirmasens-Stadt 3 Delegierte. Abgegeben 135 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: L. Ludwig 110, K. Tinges 88, J. Reinmüller 57, Frl. O. Gorcuner 54, W. Gerlach 49, K. Hartmann 36. Gewählt: Paul Ludwig und Karl Dinges, Pirmasens. Stichwahl zwischen Reinmüller und Fräulein Gorcuner.

Pirmasens-Land, 2 Delegierte. Abgegeben 594 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: P. Klemm-Lembera 415, G. Rothbaar-Thaleischweiler 358, H. Groß 312, H. Wimmer-Rodalben 104. Gewählt: Peter Klemm-Lembera und Georg Rothbaar-Thaleischweiler.

27. Wahlkreis Bezirk 9, 1 Delegierter. Abgegeben 866 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: J. Benhardt-Speyer 667, K. Schnitter-Zweibrücken 389. Gewählt: Ludwig Benhardt-Speyer.

Zusammen 77 Delegierte.

Stichwahlen

sind bereits angeordnet. Für die Stichwahlen ist die einfache Stimmenmehrheit maßgebend. Die Wahlkreisleiter, welche an die an den Stichwahlen beteiligten Zahlstellen versandt sind, müssen bis zum 6. August an den zuständigen Bezirksleiter eingeführt werden und bis spätestens am 8. August in den Händen des Vorstandes sein. Später eingehende Wahlprotokolle können keine Berücksichtigung mehr finden. Die Zahlstellen, welche telefonisch wählen, haben ihre Wahlprotokolle direkt an den Vorstand zu senden. Stimmen, die auf einen andern als den zur Stichwahl stehenden Kandidaten abgegeben werden, sind ungültig. Wir ersuchen, uns von sämtlichen gewählten Delegierten die genaue Adresse, Beruf und Zunamen und Wohnung, anzugeben, damit wir ihnen das nötige Material zusenden können.

Der Vorstand.

Verbandstag in Leipzig.

Der Wohnungsausschuß ist gebildet. Wir ersuchen alle Delegierten sowie sonstige Teilnehmer des Verbandstages, sofort nach der Wahl, spätestens bis 15. August, ihre Adresse an den untergezeichneten Vorsitzenden des Wohnungsausschusses zu senden mit der Angabe, ob Privat- oder Hotel-Logis gewünscht wird.

Alfred Köhler, Vorsitzender, Leipzig, Querstraße 11 2.

Mitteilungen.

Bezirkskonferenz Bezirk VII.

Auf dieser Konferenz, die am 15. Juni in Berlin stattfand, hinderten Kollege Hamacher als 1. Vorsitzender, Kollege Maurits-Rowanowo als 2. Vorsitzender, Kollege Schulz-Stettin als Schriftführer und Kassierer. Es waren 50 Teilnehmer, davon 39 Delegierte. Es wurden außer einem Delegierten, der weder Mandat noch Buch hatte, sämtliche Mandate für gültig erklärt. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor. Nach Erledigung der Tagesordnung erstattete Kollege Hamacher seinen Bericht. Er ging auf die Inflationsverluste als der für die Arbeiterschaft betrübendsten Zeit ein, besonders als man im November bei der Millionenrechnung angelangt war. Wenn auch die Lohnberechnung nach dem wöchentlichen Index erfolgte, so war doch der Wert des Lohnes am Tage der Auszahlung nur noch ein Nichts. Auch die Bank durchbrachte sogenannte Umstellung auf Goldmark brachte noch keine gerechte Umstellung mit sich. Trotz aus es verschiedene Firmen, die die tariflichen Löhne nicht zahlten. Referent führte einzelne Firmen in der Provinz Brandenburg wie Pommern an; aber er mußte auch feststellen, daß hier die Kollegen ihre Schuldigkeit nicht getan haben, damit die Tariflöhne gezahlt wurden.

Hierauf folgend gab der Kollege Müller seinen Bericht als Beisitzmitglied. Er gab bekannt, daß in allen wichtigen Fragen der Bezirk zugezogen wurde, so zu den Beratungen über den Abbau der Unterstützungen, als hier der Notwendigkeit wurde. Auch bei den Tarifverhandlungen hat der Beirat mitgewirkt. Gegen die Art der Ausbildung des A. D. G. B. habe er Stellung genommen. Referent erklärte, daß er in verschiedenen Fällen gegen seine Ueberzeugung abstimmt habe, nur um eventuell für die Kollegen etwas herauszuholen.

Die Aussprache, die nun einsetzte, und vom Kollegen Stockmann erröffnet wurde, behandelte nicht die Tätigkeit des Bezirksleiters, sondern man sprach vom Reichstarif, insbesondere vom letzten Lohnabkommen. Doch die Kollegen, die im Kleinen und bei den schwierigsten Mindestlohnfestsetzungen verdienen, hat leidermal keine Zulage erhalten, machte die Berliner Kollegen sehr unzufrieden. Sie sind der Meinung, daß der Beirat an einem solchen Lohnabkommen seine Zustimmung nicht geben sollte.

Der Kollege Seitz vom Zentralvorstand wies dem Kollegen Stockmann sowie dem Kollegen Müller als dem Beiratsmitgliede nach, daß der Vorstand keine ganze Kraft eingesetzt, und auch der Kollege Müller in der Sitzung seine Zustimmung zu diesem Lohnabkommen gegeben hatte. Doch scheint es, man wollte von einer bestimmten Seite nur alles herumtreiben.

Auch der Kollege Schulz-Stettin führte unter anderem aus, daß man es in unserem Verbande nicht dulden könne, daß innerhalb der Organisation noch eine andere Organisation bestehe. Jeder habe sich nach den Beschlüssen des Verbandstages sowie nach dem Statut zu richten. Zum Reichstarif habe man Stellung zu nehmen, solle oder bedeuten daß, wenn der Reichstarif nicht wäre, es noch weit schlechter in der Branche mit der Bezahlung sein würde, und das würde sich auch auf Berlin auswirken.

Der Kollege Tischerich-Königsberg beklagte daß der Bezirkssitzer in der Bezirksliste Königsberg i. Pr. nicht seine Schuldigkeit getan hätte, doch erlies ihm Kollege Hamacher noch, daß es an ihm nicht gelegen hätte. Kollege Tischerich wußte das anzuerkennen.

Bei der Wahl des Bezirkssitzers ergab sich, daß trotzdem man an der Tätigkeit des Bezirkssitzers nichts auszusetzen hatte, von 28 abgegebenen Stimmen der Kollege Brüning-Greifenberg 21 Stimmen und der Kollege Hamacher nur 17 Stimmen erhielt.

Bei der Wahl des Beirats wurden 36 Stimmen abgegeben. Kollege Müller, welcher 20 Stimmen erhielt, wurde gegen den Kollegen Schulz-Stettin, welcher 16 Stimmen erhielt, als Beisitzer gewählt. Als Ersatzmann wurde Kollege Maurits-Rowanowo gegen Kollegen Liebenau-Frankfurt a. O., welcher 13 Stimmen erhielt, mit 23 Stimmen gewählt.

Zu Punkt 3: Stellungnahme zum Verbandstag, wurden die eingegangenen Anträge besprochen. Der Antrag Königsberg betreffend Urgente zu Protokollnahmen ist bereits im „Schuhmacher" mit veröffentlicht worden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 27. Juli bis 2. August 1924 ist der 31. Beitrag fällig.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6, Ziffer 1, des Statuts wird der nachstehenden Zahlstellen die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt (ex parte Vorstandsmajorität):

Plauen, ab 20. Juli 130. Beitragswochen: in allen Klassen 10 ₰.

Die Mitglieder genannter Zahlstelle machen mit darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Abs. 4 des Statuts nach sich zieht.

Aktentaschen.

Zum Radiator „Schuhmacher" empfehlen wir Taschen aus gutem Segeltuch zum Preis von ℳ 2.50. Außerdem sind Aktentaschen aus Rindleder mit Schloß zum Preis von ℳ 10.— vorhanden.

Sämtliche Taschen werden nur für unsere Mitglieder zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Nürnberg, den 26. Juli 1924. Der Vorstand.

„Die Arbeit".

Unter diesem Titel erscheint ab Juli 1924 im Verlag des A. D. G. B. eine neue von Theodor Leipart herausgegebene und von Lothar Erdmann redigierte gewerkschaftliche Monatsschrift, die jeweils am 15. des Monats erscheint.

„Die Arbeit" hat den Zweck, die mit den neuen erheblich erweiterten Aufgaben der Gewerkschaften zusammenhängenden Probleme theoretisch zu erörtern, in fixem Hinblick auf die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften. „Die Arbeit" soll den Gewerkschaften Gelegenheit bieten, bedeutende Gegenstände in organisatorischen und gewerkschaftspolitischen Fragen zum sachlichen Ausdruck zu bringen. Sie soll ihnen die Möglichkeit schaffen, in freiem Meinungsaustausch, ohne parteipolitische oder gewerkschaftsbureaukratische Hindernisse sich über die bedeutendsten Fragen zu verständigen, um die Einheit und Stoßkraft der Bewegung zu fördern.

„Die Arbeit" soll die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmerschaft sowie zu den anderen Zweigen pflegen, die sich mit den Problemen der sozialistischen Wirtschaft und sozialistischen Kulturfragen beschäftigen, und die Stellung der Gewerkschaften im Ganzen der Arbeiterbewegung klären.

„Die Arbeit" wendet sich vor allem an die heranwachsende gewerkschaftliche Führergeneration. Ihnen will sie ein Wegbereiter zu den neuen Zielen sein, die sich für die Gewerkschaften aus ihrem Recht zu aktiver Mitwirkung an den wirtschaftsorganisatorischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben wie am Ausbau des Arbeiterrechts ergeben. Von dem Können und der Initiative der jungen Führer wird es abhängen, ob die Gewerkschaften die ihnen zuteilwerden Rechte in der kommenden Zeit erfolgreich wahrnehmen, ob sie diese Rechte erweitern können.

„Die Arbeit", die sich auf die Gesamtleitung der im A. D. G. B. vereinigten Gewerkschaften stützt, hat die führenden Gewerkschafter zu ihren Mitarbeitern, sowohl der Arbeiter- und Angestellten- wie der Beamtenbewegung. Darüber hinaus hat sie auf die Mitarbeit der wissenschaftlich Nationalökonomen, der Rechtswirtschaftler und Sozialpolitiker der Sozialdemokratischen Partei rechnen.

„Die Arbeit" hat eine Reihe der angesehensten Nationalökonomen, Soziologen und Juristen zur Mitarbeit herangezogen, um die besten Kräfte für die Schulung des gewerkschaftlichen Führernachwuchses zu gewinnen.

Das erste Heft der „Arbeit" (Juliheft) bringt folgende Aufsätze: Lothar Erdmann „Der Weg der Gewerkschaften", Fritz Tarnow „Manöverungen im Tarifvertragswesen", Prof. Dr. Julo Bremann „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Berliner Arbeitsabkommen", Theodor Leipart „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung", Carl Menniake „Die Kulturbedeutung des Achtstundentages", Franz Eulisch „Der Ausbau des Arbeitsschutzes", Martin Wagner „Gemeinwirtschaftspolitik".

In der Rundschau der Arbeit berichten: Franz Spliedt über „Lohn- und Tarifkämpfe", Fritz Schröder über „Die Umwälzung der Angestelltenbewegung", Fr. Kopur über „Beamtenpolitik", F. Tarnow über „Organisationsfragen im 3. G. B.", Gertrud Hanna über „Betriebsrinnen in der gewerkschaftlichen Internationale", Theodor Thomas über „Gewerkschaften und Bildung" und Paul Ufermann über „Die Reichsverfassung und ihre Wirkungen".

Der Abonnementspreis der „Arbeit" beträgt vierteljährlich 3 ℳ, für Organisationsmitglieder 2.40 ℳ. Der Preis des einzelnen Heftes ist 1 ℳ, für Organisationsmitglieder 0.80 ℳ. Die Zeitschrift ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen, sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

Literatur.

„Der Schuster", „Der Ackerer", zwei Kupferstiche aus der Zeit um 1700. Um die Zeit 1690 erschienen mit „Römischer Kayserlicher Majestät Privilegien", beigegeben zu dem berühmten Buch des Wiener Hofkupferstechers Abraham a Santa Clara „Etwas für Alle", die von dem Amsterdamer Künstler Caspar Luyken gefertigten Kupferstiche, betitelt „Der Schuster" und „Der Ackerer". Diese entsprechenden alten Kupferstiche des 17. Jahrhunderts dürften den besonderen Beifall aller Buchkreise finden, weil sie einen interessanten Einblick in das Handwerkerleben der Zeit um 1700 gewähren, die Berufsarbeitung, die damals gebräuchlichen Werkzeuge und Hilfsmittel zeigen nicht anderes mehr. In einem, jedem Bild beigefügten Sechszeiler, einem in die Handwerk betreffenden Vorspruch, lädt Abraham a Santa Clara seine schon von Goerd- und Schäfer erfreierte Bekanntschaft erneuern. Der Kunstverlag von Karl Gerling-Hausin Planegg bei München hat nach jedem dieser alten Kupferstiche originalgetreue Graduren herausgegeben, die er auf Wunsch ohne Kaufzwang gegen Vorausbezahlung zunächst zur Ansicht an interessenten verschickt. Wir glauben, diese wirklich interessanten kleinen Bilder, Preis pro Stück 3 ℳ, als Schmuck für Zimmer, Bureau oder Werkstätte sehr empfehlen zu können.

Anzeigen

Suche zum sofortigen Antritt einen perfekten

Maschinen-Zwicker

für System D.B.S.G.

Interessenten wollen sich unter Einsendg. v. Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen wenden an die Firma

Karl Martin
Schuhfabrik, Geyer i. Erzg.

Kollegen! Verschert auch selbst sowie Frau und Kinder für den Sterbefall. Dies geschieht besser wie in anderen Lebensversicherungen bei dem Arbeiterunternehmen

„Volksfürsorge"
— Hamburg 5. —

Verlangt Auskunft bei unser Gewerkschaft.

Bücher, Winkel, Zirkel, Hammer
s. Kodell. Liste 8 gegen Rückporto.
W. Franke, Artern 17.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Dalbringer Straße 68
Generalvertretung der Firma Johannes Haag Gummiwerke, Augsburg, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Monatliche Verkaufsziffer für Haag-u. Continental Artikel.
Conc.: Bei Schuhmacher Meister, Meist., Hochbau.
Spezialanfertigungen für Handschuhmacher. — Schuhmacher Bedarfsartikel Sortiment.

Druck: Gebrüder Bretzenbach, A. Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg. — Verlag: Zentralvorstand der Schuhmacher Deutschlands (B. Simon) Nürnberg, Eisenwinkelstraße 3.